



Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herbert Panofen, zum Haushalt 2011 am 30.03.2011

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich mich bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken.

Die Erstellung des Haushaltsplanes ist eine wesentliche Aufgabe der Verwaltung, beginnend mit den Anforderungen aus den Fachbereichen, und endend mit der Erstellung des Gesamtplanes durch die Kämmerei. In diesen Phasen sind die Mitarbeiter aller Fachbereiche gefordert.

Laut Bericht im BBV hat die SPD zur Erstellung des Haushaltsplanes das ganze Jahr eng mit den verantwortlichen Stellen im Rathaus zusammengearbeitet. Sicherlich hat diese Zusammenarbeit dazu beigetragen, dass es von einer normalen Belastung nicht zu einer Überlastung der Mitarbeiter der Verwaltung gekommen ist. Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist dann ein Haushaltsplan, der genau den Erwartungen der SPD entspricht.

Wenn man das ganze Jahr beteiligt ist, dann ist es auch konsequent zum eigenen Haushalt keine Änderungsanträge und Anfragen zu stellen, denn man ist ja „mittendrin“ statt nur dabei. Haushaltsberatungen in der Fraktion sind dann auch überflüssig, man ist ja - „mittendrin“.

Der jetzt vorgelegte Haushaltsplan ist stark beeinflusst durch das neue Gemeindefinanzierungsgesetz der Landesregierung.

Ich halte nicht viel davon, wechselweise Verantwortung für die finanzielle Schieflage der Stadt der Landes- oder Bundesregierung zu geben, je nachdem welche Partei im Moment die Regierung stellt. Was sich aber die amtierende Rot-Grüne Regierung in NRW mit dem neuen Gemeindefinanzierungsgesetz geleistet hat, ist einmalig. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde ohne Vorwarnung pünktlich zu Weihnachten den Kommunen im ländlichen Raum der finanzielle Boden unter den Füßen entzogen.

In den kommenden Jahren wird sich durch die höhere Gewichtung des Soziallastenansatzes im neuen GFG die finanzielle Situation der Stadt weiter verschlechtern. Wenn der Gewichtungsfaktor ab 2012 auf 15,3 angehoben wird, verliert die Stadt Bocholt weitere 2,1 Mio €. Durch das neue GFG beträgt damit der Verlust an Schlüsselzuweisungen ab dem Jahr 2012 gegenüber der bestehenden Gesetzgebung ca. 5 Mio € jährlich. Im Vergleich dazu eine Zahl aus dem Haushalt der Stadt Bocholt, die Summe der freiwilligen Leistungen beträgt 3,9 Mio €.

Im neuen GFG ist der Schüleransatz verringert worden. Völlig unverständlich ist diese Maßnahme, denn sowohl Bundesregierung und alle Landesregierungen weisen immer wieder darauf hin, dass der einzige Rohstoff in Deutschland die Bildung ist, insbesondere die zukünftige Bildung unserer Kinder.

Nicht zu akzeptieren ist ebenfalls, dass die fiktiven Hebesätze rückwirkend erhöht wurden, das bedeutet, dass die eigene Steuerkraft höher angesetzt wird, als die tatsächlichen Einnahmen waren. Damit verringert sich die Höhe der Schlüsselzuweisungen für das laufende Jahr.

Auf Antrag der CDU-Fraktion ist in der letzten Ratssitzung eine Resolution zum GFG verabschiedet worden: „Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bocholt fordert die Landesregierung auf, im Gesetzgebungsverfahren den Entwurf zu überarbeiten und die Veränderungen zu Lasten des ländlichen Raumes zurückzunehmen“.

Zur weiteren Begründung für die Resolution empfehle ich die Reden zur Einbringung des Haushaltes vom Kämmerer und vom Bürgermeister. Der Kämmerer spricht in seiner Haushaltsrede von einem völlig widersinnigen Gesetzentwurf. Der Bürgermeister fordert alle politisch einflussreichen Kräfte auf, sich dafür einzusetzen, dass an der Modellrechnung noch gefeilt wird, damit Schaden für Bocholt abgewendet wird.

Völlig unverständlich war dann die Reaktion von Ihnen, Herr Bürgermeister, zur Verabschiedung der Resolution zum Gemeindefinanzierungsgesetz. Ihre Begründung, eine Resolution sei sinnlos solange noch Gespräche mit Entscheidungsträgern laufen, ist nicht zu akzeptieren und ausschließlich parteitaktisch motiviert.

Sinn und Zweck dieser Resolution war es deutlich zu machen, dass das Münsterland und unsere Stadt mit dem neuen GFG benachteiligt werden und den Bürgermeistern, die in Düsseldorf vorstellig werden, den Rücken zu stärken.

Sie werden ihrer Verantwortung als Bürgermeister unserer Stadt nicht gerecht, wenn sie einerseits alle politisch einflussreichen Kräfte auffordern sich einzusetzen, dass Änderungen beim GFG erfolgen, andererseits aber selbst gegen diese Resolution stimmen. Hier war ihnen ihre rot-grüne, von den Linken unterstützte Landesregierung, näher als die Interessen der Stadt Bocholt. Sie Herr Bürgermeister haben in dieser Situation die Interessen der Landes-SPD vertreten, gewählt sind sie aber von den Bocholter Bürgern, ihre Aufgabe ist es Schaden von der Stadt abzuwenden.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Der jetzt vorgelegte Haushaltsplan weist einen Verlust im Ergebnisplan von 8 Mio € auf.

Für das nächste Jahr ist ebenfalls ein Defizit von 8 Mio € und für die Jahre 2013 und 2014 jeweils ein Defizit von 6 Mio € eingeplant. Das Defizit ab dem Jahr 2012 vergrößert sich noch um 2 Mio €, wenn im GFG der Soziallastenansatz umgesetzt wird. Damit ist spätestens in 3 Jahren die Ausgleichsrücklage vollständig verzehrt.

Der Haushalt des letzten Jahres schließt voraussichtlich mit einem Minus von 5,5 Mio €, nachdem der Haushaltsplan noch mit einem Minus von 15,8 Mio € verabschiedet wurde.

Auch wenn die Hoffnung zuletzt stirbt, können und dürfen wir nicht davon ausgehen, dass uns für das laufende Jahr eine ähnliche Entwicklung beglücken wird. Wir müssen uns der Realität stellen, Entscheidungen in den nächsten Jahren sind zu treffen nach den vorgelegten Zahlen und nicht aufgrund von Wunschdenken und Hoffnung auf bessere Zeiten.

Wir haben ein strukturelles Problem im Haushalt, sicherlich auch getrieben durch Gesetzgebungen der Landes- und Bundesregierungen. Der Verkauf von nicht benötigten Immobilien trägt dazu bei einmalig Einnahmen zu erzielen, löst aber das strukturelle Problem im Haushalt nicht.

Damit unsere Zinsausgaben nicht weiter steigen, ist vor 2 Jahren ein Schuldendeckel von 160 Mio € beschlossen worden. Durch Bundesmittel zum Konjunkturpaket II konnten wir verschiedene geplante Investitionen tätigen, die ohne diese Mittel über Kredite zu finanzieren wären. Es ist daher folgerichtig den festgelegten Schuldendeckel zu reduzieren, die CDU-Fraktion hat eine Reduzierung auf 155 Mio € beantragt. Wir müssen uns auch darauf einstellen, dass die Zinsen in Kürze steigen werden, allein aus diesem Grunde ist eine weitere Verschuldung nicht zu verantworten.

Aufgrund der internationalen Finanzkrise konnten Bund und Land noch begründen, dass eine erhöhte Verschuldung erforderlich ist. Nachdem die Finanzkrise nur noch bedingt als Argument für eine höhere Verschuldung dienen kann wird von der Landesregierung das Zauberwort „Kaputtsparen“ aus dem Hut gezogen, da „alternativlos“ als Unwort des Jahres 2010 nicht mehr geht. Natürlich dürfen wir uns nicht

„Kaputtsparen“, aber die Einhaltung und Reduzierung des Schuldendeckels ist deshalb so wichtig, damit wir an Zins- und Tilgungsleistungen nicht „Kaputtgehen“. Zinsen und Tilgungen sind Pflichtleistungen.

Die Kommunen leiden immer mehr unter steigenden Soziallasten. Es ist dringend erforderlich, dass seitens des Bundes hier eine Entlastung kommt. Ein erster Schritt ist erfolgt mit der Einigung zum Hartz IV-Gesetz.

Trotz einiger Bedenken wird die CDU-Fraktion dem Haushalt zustimmen. Wenn sich die finanzielle Situation nicht verändert, dann stellt sich die Frage, was wir uns noch leisten können. Leisten können und wollen wir uns jedenfalls keine Haushaltssicherung.

Wir müssen uns in Zukunft verstärkt darauf konzentrieren Rahmenbedingungen und Ziele festzulegen, um so das Handeln der Verwaltung im Hinblick auf diese Ziele effektiv zu kontrollieren.

In den nächsten Jahren werden wir nicht ohne Sparmaßnahmen auskommen, dennoch sind wir verpflichtet darauf achten, dass die soziale Struktur und das Ehrenamt nicht beschädigt werden. Über Jahrzehnte lang gewachsene Strukturen im sozialen, sportlichen und kulturellen Bereich würden von heute auf morgen zusammen brechen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Ende letzten Jahres haben wir in zwei Klausurtagungen mit dem Verwaltungsvorstand und Vertretern der Fraktionen versucht eine Ergebnisverbesserung zu erzielen. Ich stelle fest, dass das Ergebnis auf den Haushalt des laufenden Jahres bezogen, enttäuschend ist. Wir haben signalisiert einer Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer zuzustimmen. Allerdings haben wir es nicht erreicht Einsparungen in gleicher Höhe vorzunehmen.

Als eines der Ziele wurde die Fusion von Sportvereinen gefordert.

Ich wiederhole hier, was ich bereits auf dem Parteitag der CDU im Oktober des letzten Jahres ausgeführt habe.

Wir haben in Bocholt zu viele Fußballvereine!

Auf dem Sportfrühschoppen des Stadtsportverbandes wurde das von vielen Vereinsvertretern ebenfalls so gesehen. Es kommt dann auch oft der Nachsatz: „Aber unser Verein muss bleiben“.

Bereits heute können die Vereine nicht alle Jugendmannschaften besetzen. Die größten Probleme hat die Altersgruppe zwischen 14 und 18 Jahren.

Diese Altersgruppe ist von der demographischen Entwicklung am stärksten betroffen. Die Prognose der Bevölkerungsentwicklung für Bocholt im Vergleich der Jahre 2008 zu 2030 zeigt einen Rückgang der Altersgruppe zwischen 10 und 16 Jahren von 31,3 % und der Altersgruppe zwischen 16 und 19 Jahren von 38,1 %.

Bezogen auf die Altersgruppe der 14-18 Jährigen helfen auch die Aussagen nicht weiter, dass man im Folgejahr eine schlagkräftige Mannschaft aufbauen will, denn das ist in dieser Altersgruppe nur durch Abwerben zu erreichen. Dann kann ein anderer Verein diese Altersklasse nicht mehr besetzen.

Auch durch die Ausweitung der offenen Ganztagschule und der gebundenen Ganztagschule, reduziert sich das Zeitfenster der Schüler in den Nachmittagsstunden für den Sport in den Sportvereinen zusätzlich.

Es muss ein Konzept erstellt werden, wie auf diese Gegebenheiten in verschiedenen Stadtteilen reagiert werden kann und welche Möglichkeiten vorhanden sind, ein Zusammengehen von Vereinen zu fordern und zu fördern. Der Bürgermeister ist aufgefordert Gespräche mit dem Stadtsportverband zu führen.

Die CDU steht zur Förderung des Sports in Bocholt!

Wir können eine Sportförderung nur verantworten, wenn dort gefördert wird, wo auch ausreichend Sportler vorhanden sind. Tradition allein reicht hier nicht aus. Jugend muss dort gefördert werden, wo auch Jugend ist.

Wir wissen alle, dass gerade der Fußballsport vom Wettbewerb lebt, aber genau deshalb ist es erforderlich, dass die Mannschaften ausreichend besetzt sind.

Die Sportförderungsrichtlinien enthalten, dass bei Investitionen eine Bedarfsanalyse zu erstellen ist. Das bedeutet, dass dann, wenn ein ausreichendes Sportgebot vorhanden ist, keine weiteren Investitionen gefördert werden. Müssen wir dann nicht im Umkehrschluss auch zu dem Ergebnis kommen, dass dann, wenn in einer Sportart ein Überangebot an Sportstätten besteht auch entsprechend reduziert werden muss?

Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich auf die Finanzlage der Stadt hingewiesen. Wenn wir auch in den nächsten Jahren Sportanlagen mit hoher Qualität den Vereinen zur Verfügung stellen wollen, dann kommen wir um eine auf den Bedarf reduzierte Zahl der Außenanlagen nicht umhin. Ein Zusammengehen von Vereinen ist aufgrund der Demographie für die Zukunft zwingend erforderlich. Die Sportler haben damit kein Problem, das Problem sind einige Verantwortliche in den Vereinen, die sicherlich ehrenamtlich viel für den jeweiligen Verein geleistet haben.

Ein Beispiel für eine gelungene Fusion ist der Zusammenschluss der Vereine TV und Phönix Bocholt zum TSV Bocholt. Durch die Fusion wurden die Clubheime von 3 auf 1, die Sportplätze von 2 auf 1 und die Tennisplätze von 14 auf 9 reduziert.

Ich appelliere an die Bocholter Sportvereine, nehmen sie die Verantwortung für ihren Verein wahr, nehmen sie das Heft des Handelns in die Hand. Noch können sie die Zukunft gestalten.

Nun einige Ausführungen in Kurzform

Schule

Auf allen Ebenen der Politik wird immer wieder verkündet, dass die Bildung unserer Kinder Priorität haben muss und Bildung ein wesentlicher Teil der Sozialpolitik ist. Aus diesem Grunde fordern wir ein Ende der Schulversuche. Regierung und Opposition im Land müssen endlich zu einem Konsens kommen. Es kann nicht sein, dass nach jedem Regierungswechsel immer neue Schulgesetze erlassen und immer wieder neue Schulversuche gestartet werden. Die Eltern und vor allem unsere Kinder haben ein Recht auf ein verlässliches und funktionierendes Schulsystem.

Ich fordere hier auch die Landes-CDU auf mit der Landesregierung eine Einigung zu suchen, die auch bei einem Regierungswechsel Bestand hat. Ein Streit um die richtige Lösung muss nicht mit gegenseitigen Vorwürfen geführt werden.

Der Rat hat im letzten Jahr einen Schulentwicklungsplan beschlossen. Wir sollten das Ergebnis dieser Untersuchung abwarten und dann die Diskussion über Schulen und Schulstandorte führen.

Kindertageseinrichtungen

Nach einem Entwurf des 5. Schulrechtsänderungsgesetzes soll aus pädagogischen Gründen der Stichtag für das Einschulungsalter auf den 30. September rückverlegt werden.

Sollte der Entwurf verabschiedet werden, wären dauerhaft Kinder zusätzlich zu versorgen und damit die bisherige Planung hinfällig, aktuell sind es 157 Kinder. Somit wäre der Bau weiterer Tageseinrichtungen erforderlich, die im nächsten Jahr zu finanzieren sind. Der Haushalt wird dann mit jährlich 600.000 € zusätzlich belastet.

Kinder- und Jugendförderplan

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.2.2011 wurde der Zielkatalog beschlossen und damit die Gültigkeit dieser Ziele für den Kinder- und Jugendförderplan bestimmt.

In einem Prozess, der durch Transparenz und konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten geprägt war, sind wir jetzt an dem Punkt, an dem es zur Umsetzung der Ziele kommt.

Der beschlossene Zielkatalog bildet ein Raster, um die Angebotsstruktur weiter zu entwickeln.

Innerhalb dieser Ziele sind die Wichtigkeit und die Reihenfolge der Maßnahmen über den gesamten Gültigkeitszeitraum festzulegen. Die Träger der Jugendhilfe sind in dieser Phase ebenfalls wieder einzubinden.

Hier ergibt sich für jeden Träger die Möglichkeit zu prüfen, inwieweit seine Angebote sich im Rahmen der Ziele und Förderplanung bewegen und wo ein Veränderungsbedarf gegenüber den bisherigen Angeboten erforderlich wird.

Wir gehen davon aus, dass im Haushaltsplan 2012 spürbare Veränderungen sichtbar werden. Für den einen oder anderen Träger der Jugendhilfe kann es durchaus zu unpopulären Maßnahmen kommen, aber wir sollten in erster Linie die sich bietenden Chancen annehmen.

Sowohl für die Schullandschaft als auch für die Kinder- und Jugendarbeit sollten wir die Diskussion dann eröffnen, wenn die Ergebnisse der jeweiligen Untersuchungen vorliegen.

Kulturhaus

Die CDU-Fraktion hat immer wieder gefordert von VHS und Musikschule eine Organisationseinheit zu bilden, das ist mit Schaffung des Fachbereichs Kultur auch geschehen. Die Vorlage zur Zusammenführung der VHS und der Musikschule zu einem Kulturhaus an der Industriestraße war wahrlich keine Meisterleistung.

Ich wiederhole hier die Forderung der CDU aus unserm Antrag zu diesem Thema:

„Es sind neue Überlegungen für ein Kulturhaus erforderlich. Alternative Standorte sind zu überprüfen und verschiedene Varianten, wie Mietkauf, Miete und Eigenbau müssen kalkuliert werden, um die günstigste und sinnvollste Variante zu ermitteln. Nur bei Vorliegen der Vergleichszahlen und bei einem Vorteil gegenüber den jetzigen Standorten kann eine Investition verantwortet werden“.

Benölkenplatz

Im Rat ist eine demokratische Entscheidung zur Gestaltung des Benölkenplatzes gefallen. Wir sollten die Entscheidung akzeptieren und nicht mit immer den gleichen fadenscheinigen Gründen versuchen diese auszuhebeln. Ein Herumnörgeln hilft hier nicht weiter.

Wenn nach einer Entscheidung neue Erkenntnisse vorhanden sind, kann auch ein gefasster Beschluss überprüft und gegebenenfalls verändert werden. Es hat ein Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Direktor des Amtsgerichtes gegeben. In diesem Gespräch sollten bisher nicht berücksichtigte Erkenntnisse und Argumente vorgestellt werden. Ich stelle fest, dass alle vorgebrachten Argumente

nicht neu waren und in der CDU-Fraktion diskutiert worden sind, die Beschlussfassung also in Kenntnis der Argumente des Amtsgerichtes gefasst wurde.

Es hat anschließend eine öffentliche Diskussion zu einem Brief des Direktors des Amtsgerichtes gegeben, dieser Brief liegt allen Mitgliedern der CDU-Fraktion vor.

Ich begrüße die Stellungnahme des Bürgermeisters zu diesem Thema und ebenfalls die parteiübergreifende Presseerklärung verschiedener Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

Nachdem der Rat den Beschluss zum Umbau der Kreuzung beschlossen hat, ist zeitnah das Haus am Langenbergpark abgerissen worden. Wir hätten uns gewünscht, wenn das mit dem Hotel Kaisereck gleich schnell passiert wäre. Das ist aber nicht das größte Problem. Wir haben uns jetzt eine Ansicht zum Langenberg geschaffen, die durch den Abriss des Hauses nicht gerade vorzeigefähig ist.

Wirtschaftsförderung

Die CDU-Fraktion hält eine nachhaltige Wirtschaftsförderung für eine wesentliche Aufgabe der Stadt Bocholt.

Zur Zeit gibt es Überlegungen Wirtschaftsförderung aus der Verwaltung herauszulösen und in Stadtmarketing zu integrieren.

Hierzu wird auf Vorschlag der CDU ein Arbeitskreis gebildet unter der Leitung von Herrn Triphaus. Diesem Arbeitskreis werden Herr Dieckhues und Vertreter der Fraktionen angehören.

Ziel muss sein, für die Wirtschaftsförderung bei der Stadtmarketinggesellschaft flexiblere Strukturen aufzubauen um schneller reagieren zu können. Das Vertrauen zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Stadtmarketing ist in der zuvor genannten Struktur sicherlich einfacher aufzubauen und zu stärken.

Regionale

Auch im Haushaltsplan 2011 sind für die Regionale keine Haushaltsmittel eingeplant.

Ich wiederhole hier meine Ausführungen aus dem Vorjahr:

- Bei Förderung durch das Land wird ein Anteil der Stadt erforderlich sein. Können wir uns diesen leisten?
- Können wir es uns als Stadt erlauben auf Fördermittel im Rahmen der Regionale zu verzichten?
- Wie können die Eigentümer eingebunden werden?

Zu diesem Thema haben wir den Stadtbaurat Herrn Paßlick für den 16.4. zu einer Fraktionssitzung eingeladen.

Wir müssen eine Entscheidung treffen über finanzielle Auswirkungen der Regionale. Es macht keinen Sinn immer weiter zu planen ohne dass eine finanzielle Basis für die Projekte vorhanden ist.

Es wird erforderlich sein, ein Budget festzusetzen, die Planungen müssen sich dann nach den Möglichkeiten richten, die das Budget zulässt.

Zum Schluss eine Anmerkung zur politischen Kultur.

Die letzten Debatten im Bundestag waren nicht gerade ein Vorbild für die politische Kultur. Ich glaube, dass die Bürger von gegenseitigen Vorwürfen, Verletzungen und Verleumdungen die Nase voll haben.

Auch bei Aschermittwochsreden sollte man mangels eigener Erfolge nicht auf andere eindreschen.